Der russische Gesandte in Bukarest, Fürst Urussow, wurde von der hiesigen russischen Botschaft telegraphisch nach Wien berufen und ist auch bereits hier eingetroffen. — Mittwoch den 24. d. findet in der Hofburg zu Ehren des russischen Ministers des Auswärtigen eine Tafel von 40 Gedecken statt, an welcher der Kaiser, Herr v. Giers, der russische Botschafter Fürst Lobanow, sämmtliche Minister sowie mehrere Hofwürdenträger Theil nehmen werden. — Wohl im Hinblick auf den Aufenthalt des Herrn v. Giers in Wien sind hier auch mehrere Specialberichterstatter auswärtiger Blätter angekommen. Namentlich sind die großen Petersburger und Moskauer Journale vertreten."

* In dem slowenischen Flecken Prevali sind zwei Abgesandte des Deutschen Schulvereins in Wien von den slowenischen Bauern gewaltsam vertrieben worden. Erstere waren auf einer Rundreise in Krain begriffen, um die Wünsche der dortigen Deutschen bezüglich der Errichtung deutscher Volksschulen entgegenzunehmen. Als man diese Absicht in Prevali erfuhr, stürmte ein slowenischer Bauernhaufe das Gasthaus, wo die deutschen Reisenden sich befanden, die nur mit Mühe der Mißhandlung zu entgehen vermochten. An der Spitze der Bauern befanden sich als ärgste Schreier zwei slowenische Schullehrer.

* Die Czechisirung der officiellen österreichischen Kreise macht immer größere Fortschritte. Nach einem Wiener Telegramm soll der Prager Czechenführer Zeithammer, der Vertrauensmann Rieger's, als Sectionsrath in das Unterrichtsministerium berufen werden. Unter solchen Umständen ist unschwer zu ermessen, welchem Schicksale der deutsche Unterricht in Oesterreich entgegengeht. Wohl im Zusammenhange damit äußerte Rieger vor einigen Tagen im Czechenclub die prophetischen Worte: „Meine Herren, in fünfzig Jahren spricht in Böhmen nicht eine Seele mehr deutsch. Wir haben dafür gesorgt."

* In Wien wie überhaupt in Oesterreich herrscht gegenwärtig im Mittelstande der Bevölkerung eine bemerkenswerthe Aufregung gegen die neuen Steuergesetze der Regierung, die zumal das Kleingewerbe sehr hart treffen. In Folge dessen sind in Wien an den Straßenecken geschriebene Placate angeheftet worden, welche die Bevölkerung zur Steuerverweigerung aufforderten. Die Polizei beeilte sich die Placate zu entfernen, wobei jene an manchen Orten von den Vorübergehenden verhöhnt wurde.

* Bei der am Dienstag stattgefundenen fortgesetzten Berathung der Interpellation des Tapolczaer Wahlbezirkes um Aufhebung der Juden-Emancipation im ungarischen Unterhause bekämpfte Jokai unter lebhaftem Beifalle des Hauses die Ausführungen der Gegner und trat energisch für die volle Gleichberechtigung der Juden ein. Ministerpräsident Tisza wies auf die nüchterne Auffassung der Majorität der Bevölkerung hin, sowie darauf, daß seit der Emancipation hinsichtlich der gesellschaftlichen Verschweizung der Juden Vieles geschehen sei. Der Antisemitismus werde in gesellschaftlichem Wege zur Austragung gelangen; nur wenn die Gesellschaft sich hierzu als unzulänglich erweise, würden außerordentliche Mittel und Ausnahmegesetze erforderlich werden. Die ungarische Gesellschaft werde hoffentlich die Regierung nicht hierzu zwingen. Die weitere Debatte wurde schließlich auf Sonnabend vertagt.

* In Ostgalizien haben wieder vier griechisch-katholische Geistliche ihren Uebertritt zur russisch-orthodoxen Kirche erklärt und gleichzeitig ihre Auswanderung nach Rußland angemeldet. Auch wird aus Tarnopol gemeldet, daß unter der ruthenischen Bevölkerung große Aufregung wegen der Predigten herrsche, welche dort fanatische Jesuiten halten. Einer derselben schleuderte von der Kanzel die fürchterlichsten Flüche gegen Alle, welche an der katholischen Religion und Unfehlbarkeit des Papstes zu zweifeln wagen. Viele Ruthenen verließen murrend die Kirche, ja selbst mehreren Polen wurde der zelotische Eifer des Jesuiten zu stark. Nur die polnischen Weiber hörten die Predigt bis zu Ende, weinten und bekreuzigten sich. Die Ruthenen beschwerten sich über diesen Prediger bei dem Starosta, (Kreischef), der ihnen indeß erwiderte, daß er in kirchlichen Dingen keine Macht besitze.

* Wenn man den serbischen Oppositionsblättern glauben wollte, so wäre die gegenwärtige Reise des Herrn v. Giers nach Wien mit der Ueberreichung eines russischen Ultimatums an Oesterreich identisch. Man hetzt förmlich das Volk in Serbien in eine Kriegswuth gegen Oesterreich und in den Glauben, daß nur an der Seite Rußlands Serbien seine nationalen Ziele erreichen könne. Bosnien müsse natürlich erobert werden, was nur im Bunde mit Rußland möglich sei. Es ist nur zu wünschen, daß diese gehässigen Agitationen nicht ihre unangenehmen Folgen auf das serbische Element Südungarns üben, das ohnehin ein sehr zweifelhafter Freund des österreichisch-ungarischen Staates ist. In Pest weiß man sehr wohl, daß die großserbischen Ideen auch nicht wenige Anhänger an den ungarischen Ufern der Donau und Save zählen.

* Nach Annahme des französisch-serbischen Handelsvertrags wurde die serbische Skupschtina mit einer Thronrede geschlossen, in welcher die patriotische Hingebung der Skupschtina hervorgehoben wird. Durch diese sei der Abschluß der Handelsverträge und Consularconventionen mit allen Großmächten, Reformen in allen Verwaltungszweigen, die Gründung einer Nationalbank, die Hebung des Landescredits und die Reorganisation des Heeres ermöglicht. Der König sprach schließlich der Skupschtina seinen Dank aus für ihre mühevolle Pflichterfüllung. Der Feierlichkeit wohnten die Minister, die Mitglieder des diplomatischen Corps, Senatoren und andere Würdenträger bei. Der König wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaften Zivios empfangen.

* Das freundschaftliche Verhältniß Italiens zu Oesterreich-Ungarn ist erfreulicherweise durch die neuerlichen Compromittirungsversuche der Irredentisten nicht beeinträchtigt worden. Gegenwärtig sitzt man nun in Rom über den Steinwerfer Valeriani zu Gericht, welcher s. Z. bekanntlich den Wagen des österreichischen Botschafters beim Vatican, Grafen Paar, insultirte. Die Freunde und Gesinnungsgenossen des Angeklagten bieten Alles auf, denselben der verdienten Strafe zu entziehen. Der Proceß hat bereits begonnen und scheint das Gericht nicht geneigt, unberechtigte Einflüsse auf sich wirken zu lassen. Es dürfte indessen doch die Erinnerung angezeigt sein, daß vor Kurzem seitens des italienischen Justizministers generelle Instructionen an die Tribunale ergingen, welche den letzteren die Entfaltung größerer Energie bei Abndung revolutionärer Umtriebe zur Pflicht machten. Der Ausgang des Processes Valeriani wird zeigen, ob die Action der Regierung todter Buchstabe geblieben ist oder in der Praxis die gebührende Beachtung findet.

* Nach einer der „Pol. Corresp." aus Warschau zugehenden Mittheilung besorgt man daselbst tumultuöse Scenen auf der dortigen Universität in Folge der sich immer mehr zum Conflicte zuspitzenden Frage der russischen Vortragssprache für polnische Literaturgeschichte. Ein Theil der polnischen Studirenden empfiehlt zwar noch immer passives Verhalten, namentlich das Wegbleiben von den Vorlesungen, als das einzige richtige Mittel, um gegen jene mißliebige Bestimmung zu demonstriren; die Majorität scheint aber vor schärferen Bekundungen ihres Unwillens nicht mehr zurückschrecken zu wollen und wird in dieser Haltung von den russischen Studirenden, welche zu hartnäckigem Widerstande anfeuern, ermuthigt. Bekanntlich hat der Docent für das ebenerwähnte Fach, Wierzbowski, seine erste Vorlesung unter Vorschützung einer Erkrankung vertagt. Es wird aber auf denselben von russischer Seite, namentlich vom Schulcurator Apuchtin, eine starke Pression dahin geübt, daß er keine Entlassung begehre, sondern mit den Vorlesungen ungesäumt beginne. Wierzbowski scheint noch zu schwanken. — In einem speciellen Falle der Zurückweisung einer russischen Eingabe durch eine der Gerichtsbehörden im Dorpater Bezirke erkannte der Petersburger Senat, daß die Zurückweisung unbegründet sei.

* Man schreibt uns aus Genf: „Die Verurtheilung der Anarchisten in Lyon, zumal die des Fürsten Kropotkin, hat in den hiesigen socialdemokratischen und russisch-nihilistischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen, ja diese zu einem förmlichen Rathgebeul veranlaßt. In den hiesigen Cafés und Weinkneipen, welche von den europäischen Umsturzmännern besucht zu werden pflegen, kann man, seit die Verurtheilung bekannt geworden, ohne Rückhalt die unsinnigsten Drohungen hören. So wird beispielsweise von diesen Leuten Jedem, der es anhören will, erzählt, daß der ganze Gerichtshof in Lyon von dem Centralcomité der europäischen Anarchisten, das unerreichbar sei, zum Tode verurtheilt worden ist. Es soll hier auch seitens reicher russischer Nihilisten ein besonderes Comité zusammengetreten sein, welches nur die Absicht verfolgt, den Fürsten Kropotkin aus dem Gefängnisse zu befreien. Derselbe soll bereits der anarchistischen Propaganda ein Capital von 125,000 Rubel geopfert haben, aber trotzdem noch über bedeutende Geldmittel verfügen, die in der englischen Bank sich befinden sollen. Mit dieser Absicht, den Fürsten Kropotkin zu befreien, wird auch die neuerliche Verhaftung eines Russen, Namens Zurin, in Lyon in Verbindung gebracht. — Noch während der Proceß gegen Kropotkin und Genossen in Lyon im Zuge war, ward von den Blättern mitgetheilt, daß dem Präsidenten des Gerichtshofes und sämmtlichen Richtern Drohbriefe zugegangen seien, man werde sie und das ganze Gerichtsgebäude mittelst Dynamit in die Luft sprengen. Es hat sich nun herausgestellt, daß alle jene Drohbriefe von Genf abgegangen, weshalb die französische Regierung an den Bundesrath in Bern eine Note mit der Forderung gerichtet, er möge in dieser Angelegenheit die Regierung in Genf zu einer Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen veranlassen."

* Wie der in Mailand erscheinenden „Perseveranza" aus Rom telegraphirt wird, hat dort die Polizei die Keller und sonstigen Räume der beiden österreichischen Botschaftshotels wiederholt untersucht, weil der italienischen Sicherheitsbehörde Mittheilungen zugegangen, daß die Irredenta ein neues Attentat gegen die österreichischen Botschafter beabsichtige. In Folge dessen sind in beiden Botschaften außerordentliche Sicherheitsmaßregeln getroffen und beide Gebäude unauffällig von starken Polizeiabtheilungen besetzt worden, die Tag und Nacht einen regelmäßigen Patrouillendienst unterhalten.

* In Frankreich gilt es, zwischen dem Verfahren der Regierung und dem Treiben der Parteien gegenüber den Intriguen der Prätendenten genau zu unterscheiden. Es ist bezeichnend, daß äußerste Rechte und äußerste Linke die Taktik des Herrn Grevy gleichermaßen verdammen; dies erklärt sich aber alsbald, wenn man bedenkt, daß, wie die Monarchisten das republikanische Regime überhaupt, so die radicalen Ultras es in seiner gegenwärtigen Erscheinungsform bekämpfen. In der Praxis laufen beide auf dasselbe Resultat: Umsturz des Bestehenden, hinaus. So lange die Opposition aber nicht über ein Programm der Negative hinwegkommt, droht dem Bestande der gegenwärtigen Staatsordnung keinerlei ernstliche Gefahr. Allerdings wird das Ministerium Duclerc weise handeln, wenn es die Zügel der parlamentarischen Initiative bald und straff anzieht, und dadurch den ewigen Krisengerüchten ein Ende macht, die dem Credit keiner Regierung auf die Dauer förderlich sind.

Herr v. Giers in Wien.

Der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands wird in Wien erwartet oder ist zur Stunde vielleicht schon daselbst angekommen. Er kommt bekanntlich aus Italien, wo er, wie es hieß, sich zum Besuche seiner dort weilenden Familie, einige Zeit aufgehalten haben sollte. Auf der Hinreise hat er indeß von Berlin den Fürsten Bismarck in Varzin besucht. In Rom fanden zwischen Herrn v. Giers und den Diplomaten des Vaticans Verhandlungen bezüglich des Ausgleichs der kirchlichen Schwierigkeiten zwischen Rußland und der römischen Curie statt. In der ewigen Stadt begegnete er selbstverständlich auch den Staatsmännern des Quirinals, und da läßt sich wohl voraussetzen, daß auch von den Beziehungen Rußlands zu Italien für den Fall zukünftiger Verwickelungen im Orient gesprochen wurde. Jedenfalls ist es zweifellos, daß die Reise des russischen Ministers in Italien auch politische Zwecke verfolgte, weshalb es nicht ausgeschlossen ist, auch seinen Aufenthalt in Wien mit hochpolitischen Dingen in Zusammenhang zu bringen.

Aus einer gewissen Zeitungspolemik der letzten Zeit konnte der russische Minister entnehmen, daß das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich, wenn auch nur auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so doch thatsächlich vorhanden sei. Es hieß freilich, daß die Enthüllungen, welche jene Polemik veranlaßt, nur zu dem Zweck gemacht wurden, um die Neigung gewisser Kreise Oesterreichs zu Rußland aufzudecken und ihr ein Ende zu machen. Wie es sich eigentlich damit verhalten, ist noch immer nicht ganz aufgeklärt. Inzwischen hat aber in Wien unter Anwendung großen officiellen Hochdrucks eine bemerkenswerthe Rückstauung stattgefunden, derart, daß das deutsch-österreichische Bündniß wieder befestigt erscheint. Welcher Art die Gefühle einzelner, noch so einflußreicher Kreise in Wien auch sein mögen, so sollte man doch annehmen, daß die feste, dauernde Einigung mit Deutschland der auswärtigen Politik Oesterreichs den sichersten, wenn nicht einzigen Anlehnungspunct darbietet, weshalb an diesem Bündnisse österreichischerseits unter keiner Bedingung gerüttelt werden sollte. Die innere slavische Politik des Kaiserstaates wirft freilich einen Schatten auf dieses Bündniß, allein in Oesterreich ist ja bekanntlich so Manches und oftmals urplötzlich vorübergegangen.

Es hieß auch bereits, daß Herr v. Giers im Hinblick auf diese offenkundige Sachlage seinen Besuch in Wien aufgeben werde. Der russische Staatsmann kam aber dennoch, weil er sich höchst wahrscheinlich von der Lage der Dinge selbst überzeugen will. Vielleicht will er auch die Russenfreunde in Wien für gewisse Pläne warm halten. Auf eine Lösung des Bundes zwischen Oesterreich und Deutschland hat er vorläufig wohl keine Aussicht, weshalb sein Besuch in Wien im Ganzen nur als ein Friedenszeichen aufgefaßt werden kann. Herr v. Giers kann sich in Wien nur über die friedlichen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich äußern und da man auch in Oesterreich die Erhaltung des Friedens wünscht, so kann der Besuch des russischen Ministers keinen Anlaß zur Beunruhigung geben.

Was die Zukunft bringen wird, das ist freilich eine andere Frage. Die Zustände im Orient sind unsicher und bedrohlich wie nur jemals; in Frankreich steigen bemerkenswerthe Blasen auf die politische Oberfläche; die Anarchisten bedrohen Rußland, ja alle Staaten mit dem Umsturze. Alle Welt rüstet, um den im Dunkel lauernden Gefahren kräftig begegnen zu können. Deutschland ist aber in seinem Innern unangreifbar der geordnetste, mächtigste Staat, seine Armee ist die erste Europas und hat thatsächlich bewiesen, was sie bei einem großen Zusammenstoße zu leisten vermag. Das erkennen in Oesterreich selbst Kreise, die sonst aus ihrer Abneigung gegen Deutschland kein Hehl machen. So müssen auch diese im entscheidenden Augenblicke, weil sich ihnen keine andere Wahl darbietet, zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse stehen.

Ein plötzliches Zusammengehen Oesterreichs mit Rußland würde überdies, abgesehen von allen äußeren Verwickelungen, auch im Inneren Oesterreichs und zumal Ungarns auf eine überaus heftige, ja bedrohliche Opposition stoßen. Was würden dazu die seit dem Ausgleichskanzler Beust in Wien so lange gehätschelten galizischen Polen sagen? In ganz Ungarn würde ein Schrei der Entrüstung erschallen. Die Deutsch-Oesterreicher, die freilich gegenwärtig an die Wand gedrückt sind, würden sich den Polen und Ungarn bezüglich ihrer Abneigung gegen Rußland anschließen. Mit einem Worte, die inneren Parteiverhältnisse würden in Oesterreich-Ungarn plötzlich ganz andere werden, ja die russenfreundlich gewordene österreichische Regierung hätte die weitaus überwiegende Majorität ihrer Völker gegen sich. Wohin würde das führen, zumal im Falle eines kriegerischen Conflicts? Im Hinblick auf diese thatsächlich vorhandenen Verhältnisse sind also in Wien wohl keinerlei Aussichten auf eine Annäherung zu Rußland vorhanden.

Dennoch könnte der Besuch des Herrn von Giers bezüglich der Lage der Dinge im europäischen Orient ein erfolgreicher sein, falls es sich um den Austausch gewisser Meinungsverschiedenheiten zwischen Petersburg und Wien handeln würde. Im Osten Europas kann Rußland den Frieden wahren, weil es ihn thatsächlich in der Hand hält. So lange es nicht neuerdings auf der Balkanhalbinsel eine Offensivbewegung macht, wird Oesterreich schwerlich Salonichi beanspruchen. Das kann man schon aus dem Grunde behaupten, weil die Erfahrungen, welche Oesterreich bisher zu seinem Schaden in Bosnien gemacht, es nur im äußersten Nothfalle zu einer weiteren Action im südslavischen Osten zwingen würden. Rußland braucht aber auch nicht zu besorgen, daß ein länger dauernder Friede auf der Balkanhalbinsel die Sympathien ihrer Völker für Oesterreich stärken könnte. Gegenwärtig ist Oesterreich mehr als je ein nationalitätsloser Staat, der den Balkanslaven keinerlei Bindemittel zu bieten vermag. Ueberdies ist Oesterreich katholisch und wer da weiß, welche tiefe Abneigung die griechisch-orthodoxen Slaven gegen Alles hegen, was des Papstes ist, der wird auf einen wirklichen und ersprießlichen Einfluß Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel wohl kaum rechnen können. So könnte also dort der Waffenstillstand zwischen Rußland und Oesterreich immerhin längere Zeit dauern. Ginge er einmal in die Brüche, so wäre das nur das endliche Schicksal aller menschlichen Dinge.

Reichstag.

37. Sitzung vom 23. Januar.

Am Tische des Bundesraths von Kameke, von Stosch, von Schelling, Scholz.

Präs. v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12¾ Uhr.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Bei der Pos. „Instandhaltung des Waffenmaterials der Artillerie 1,265,557 ℳ" bringt

Abg. Meibauer die Verschwendung von Platzpatronen bei den Manövern zur Sprache. Bei den meisten Regimentern könnten die vertheilten Patronen nicht verschossen werden; da jedoch die volle Zahl von leeren Hülsen abgeliefert werden müsse, würden nachträglich die übrigen Patronen unnütz verknallt. Das sei in Düsseldorf geschehen, auch bei Potsdam könne man Abtheilungen des Gardeulanenregiments alljährlich bei ähnlicher Beschäftigung antreffen. Die Militärverwaltung scheine noch nicht ganz aus der Militärdenkstimmung heraus zu sein; man solle doch nicht vergessen, daß diese Patronen aus den Steuern des Volkes gewickelt seien.

Generallieutenant Verdi du Vernois erklärt, daß die angeführten Fälle untersucht seien; es sei aber constatirt worden, daß sachgemäße Uebungen hier zu Grunde gelegen haben.

Abg. Meibauer vermißt in der Antwort das nähere Eingehen auf die angeführten Fälle, bei dem ersten seien jedem Soldaten statt 5 35 Patronen gegeben worden.

General Verdy du Vernois erwidert, daß bei den Uebungen von 14 Mann nur 40 Patronen verschossen seien, daß also die dem Abg. Meibauer gewordenen Mittheilungen unrichtig seien. Auch in Potsdam habe jeder Soldat nur fünf bis sechs Patronen verschossen.

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß man auf diese Fälle hier eingegangen sei, weil sie aus zuverlässigster Quelle stammen. Es liege ebenso im Interesse der Volksvertretung, wie der obersten Militärbehörde, daß solche Vorkommnisse aufgeklärt werden.

Abg. Freihr. v. Minnigerode beklagt es, daß die Debatte durch solche Detailfragen hingehalten werde. Die Fortschrittspartei glaube doch nicht etwa, in geeigneter Form das Kriegsministerium ersetzen zu können.

Abg. Richter: Diese ebenso inhaltslose wie überflüssige Bemerkung macht auf mich gar keinen Eindruck.

Abg. Freihr. v. Minnigerode verbittet sich den Ton, den Herr Richter anschlage, ein- für allemal.

Abg. Richter: Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch heraus. (Heiterkeit.)

Abg. Freihr. v. Minnigerode: Der Abg. Richter scheint bei der Fortschrittspartei den Wald vor Bäumen nicht mehr zu sehen. (Oh! links.)

Die Position wird darauf bewilligt.

Bei Cap. 43 (Verschiedene Ausgaben 4572 ℳ) kommt Abg. Richter (Hagen) wieder auf den Fall zurück, wo in der Hafenbaude ein durch die Militärverwaltung beschäftigter Arbeiter von einem Posten erschossen worden ist. Die hinterlassene Wittwe sei nach den neuesten Nachrichten mit einer einmaligen Zahlung von 300 ℳ abgefunden worden. Das entspreche doch durchaus nicht dem Recht und der Billigkeit, wie der Kriegsminister gestern behauptet habe und auch nicht den Intentionen der kaiserlichen Botschaft und den Verpflichtungen, welche besonders der Reichskanzler wiederholt dem „christlichen" Staat vindicirt habe.

Kriegsminister v. Kameke erklärt, daß nach Lage der Gesetzgebung der Frau nur eine Unterstützung auf ein Jahr gewährt werden konnte, daß aber bereits die einleitenden Schritte geschehen seien, um ihr auch weitere Unterstützungen zukommen zu lassen.

Abg. v. Malzahn tritt für das Verfahren des Kriegsministeriums ein; dasselbe konnte nach Lage der Gesetzgebung nicht anders handeln.

Abg. Richter spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die conservative Partei jetzt eine solche constitutionelle Zartheit an den Tag lege. Man müsse der armen Frau wenigstens die Eröffnung machen, daß sie noch Aussicht auf weitere Unterstützungen habe.

Abg. v. Kardorff: Abg. Richter will wahrscheinlich den Eindruck hervorbringen, als ob in Folge seiner Intervention der Frau später Unterstützungen gewährt werden würden, das ist eine Heuchelei, der wir entgegen treten müssen. (Große Unruhe links.)

Der Präsident rügt den Ausdruck „Heuchelei" in Anwendung auf einen Abgeordneten als unparlamentarisch.

Darauf wird die Position und der Rest des Etats der Heeresverwaltung ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der kaiserlichen Marine.

Die Budget-Commission beantragt verschiedene Streichungen, bei den „Seezulagen", „Lootsen- und Hafengeldern", bei der Position für Instandhaltung und Reparatur der Schiffe und bei der Naturalverpflegung. Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Bei Cap. 60, Werftbetrieb, erhebt

Abg. Blos (Socialdemokrat) Beschwerde gegen die Werftverwaltung, welche die Arbeiter zwinge, gleichzeitig in mehrere Krankencassen einzutreten, welche die politisch unbequemen Arbeiter maßregele, und die durch den geringen Lohnzusatz in ihren Werkstätten zeige, wie wenig es ihr mit der Sorge für die Arbeiter Ernst sei. Die Regierung solle sich deshalb nicht wundern, wenn sie bei den Arbeitern so wenig Interesse für ihre sociale Reform finde.

Chef der Admiralität v. Stosch erklärt, daß die Bestimmungen und Maßregeln der Werftverwaltung sämmtlich auf dem Boden des Rechts stehen.

Bei Cap. 60, Tit. 16 beantragt die Commission die Position von 1,000,000 Mark als erste Rate zum Bau eines Panzerfahrzeuges als Ersatz für das Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert" zu streichen.

Der Referent Abg. Rickert führt aus, die Commission erkenne an, daß der jetzige Chef der Admiralität die Aufgabe der Flottenaufrüstung unter voller Berücksichtigung der finanziellen Lage des Reiches erfülle. Die Commission hält auch eine deutsche Flotte zum Schutze der deutschen Interessen für nothwendig, glaubt aber, daß mit dem Schiffsbau die nöthige Vermehrung des Personals nicht Schritt halten kann. Weil deshalb in langsamerem Tempo vorgegangen werden muß, empfiehlt sie, ohne für die Bewilligung in den nächsten Jahren ein Präjudiz schaffen zu wollen, die Ablehnung dieser Position.

Der Posten wird darauf gestrichen. Die übrigen Titel des Marineetats werden ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichsjustizverwaltung. Bei Tit. 1 der Ausgaben (Staatssecretair 24,000 ℳ) fragt

Abg. Payer (Volkspartei) nach dem Schicksal der Reform des Gerichtskostengesetzes, ebenso wünscht er zu wissen, wie weit die Arbeiten der Commission für die Militärstrafproceßordnung gekommen seien.

Staatssecretair v. Schelling erwidert, daß eine Revision der finanziellen Ergebnisse des Gerichtskostengesetzes angeordnet, indeß noch nicht zum Abschluß gelangt sei. Die Novelle zum Gerichtskostengesetze schaffe schon in vielen Fällen Abhilfe. In kurzer Zeit werden die Erhebungen für das Jahr 1882 vorliegen; dann würde man an diese Frage weiter herangehen. In Betreff der Militärstrafproceßordnung schwebten die Berathungen noch; er könne also nichts Bestimmtes darüber mittheilen.

Abg. v. Ludwig findet, daß die neue Justizgesetzgebung an dem Fehler aller neuen Gesetze leidet, daß sie nämlich nur für den Reichen sorge, während die Armen unberücksichtigt blieben. Sehr bedauerlich sei auch der Anwaltszwang, wenn er auch das Geschäft den Amtsrichtern sehr erleichtern möge.

Abg. Payer bedauert, daß die Herstellung der Militärstrafproceßordnung verzögert würde, die im ganzen Reiche als ein Bedürfniß empfunden werde. Bei der Revision des Gerichtskostengesetzes solle man nicht nur die finanzielle Seite betonen, sondern auch, wofür sich der Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, die materielle Seite der Reform in den Vordergrund stellen.

Abg. Dr. Perrot wünscht, daß das Reichsjustizamt eine Uebersicht über die Justizpflege der Bundesstaaten herausgiebt, aus der die Höhe der Kosten, Anzahl der angestellten Richter, der Verhafteten, der Gefangenen, der eingelaufenen Acten von Processen u. s. w. zu ersehen ist. Ferner fragt Redner, wie es mit der in Aussicht gestellten Novelle zum Actiengesetze stehe.

Staatssecretair v. Schelling erwidert, daß zur Erhebung einer Statistik über die Justizpflege bereits Vorbereitungen getroffen seien. Der Entwurf der Novelle zum Actiengesetz habe noch nicht alle erforderlichen Stadien durchmachen.

Der Etat des Reichsjustizamts wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsgerichts. Bei Tit. 1 (Präsident 25,000 ℳ) kommt Abg. v. Hellmar auf den im vorigen Jahr verhandelten Hochverrathsproceß gegen die Socialisten zu sprechen und bezeichnet dabei eine Reihe von Vorgängen als „juristisch verwerflich". Besonders beschwert sich der Redner über den Landgerichtsrath Hollmann und den Polizeirath Rumpf und auch darüber, daß die Angeklagten zu Zuchthaus verurtheilt worden sind, da doch politische Verbrecher nicht ehrlos seien; durch diese Verurtheilungen zu Zuchthausstrafen würden die Leute in den Augen der Socialdemokraten keineswegs ehrlos werden. Schließlich bemerkt der Abgeordnete, daß solche Verurtheilungen die jetzige Gesellschaftsordnung nicht retten würden, so wenig sie die Regierung Louis Philipp's und Napoleon's zu halten vermocht haben. (Vicepräsident Freiherr von Franckenstein unterbricht den Redner, da er sich von der Sache entfernt habe.)

Abg. Dr. Windthorst: In juristischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß das Reichsgericht und besonders die drei Strafsenate sehr überbürdet sind. Das geht auch aus dem mosaikartigen vorliegenden Material hervor. Da nun eine gründliche und sachgemäße Erledigung der Geschäfte besonders am Reichsgerichte im Interesse des Staates und der Einzelnen dringend nothwendig ist, so würde ich keinen Anstand nehmen, noch weitere Mittel für das Reichsgericht zu bewilligen. Aus dem Hause heraus kann nur schwer in dieser Richtung vorgegangen werden. Ich bitte deshalb den Herrn Staatssecretair, uns zu sagen, wie es mit der Geschäftslage des Reichsgerichts und der drei Senate steht, und ob ihm amtlich bekannt ist, daß lebhaft über die Ueberbürdung geklagt und um Abhilfe gebeten wird.

Staatssecretair v. Schelling: Daß die Besetzung des Reichsgerichts mit Räthen keine opulente ist, hat die Regierung selbst anerkannt, indem sie eine neue Rathsstelle in den Etat eingestellt hat. Wenn aber über Rückstände geklagt wird, so muß ich dem entgegentreten. Die Zahl der beim Schlusse des Jahres zurückbleibenden Sachen ist in fortschreitender Abnahme. Dieser erfreuliche Erfolg ist freilich nur der anstrengenden Thätigkeit der Mitglieder, vor Allem der Strafsenate, zu verdanken. Daß diese Mitglieder vorzugsweise belastet seien, war früher nicht zu meiner Kenntniß gekommen und aus dem Geschäftsberichte des Präsidenten konnte ich das auch nicht entnehmen. Erst später, als der Etat schon aufgestellt war, haben die Mitglieder des Strafsenats Klage über ihre Ueberbürdung erhoben. Ich habe sofort das Sachverhältniß prüfen lassen und die Ueberzeugung gewonnen, daß die dreiundzwanzig Mitglieder des Strafsenats, namentlich in Anbetracht der Gesundheitsverhältnisse einiger von ihnen, nicht in der Lage sind, die Geschäfte allein zu bewältigen. Vielleicht kann man die Klage durch eine etwas pessimistische Anschauung hervorgerufen sein; allein es muß etwas geschehen. Einen Nachtragsetat habe ich nun nicht aufgestellt, weil ich glaubte, erst die Geschäftsberichte für das Jahr 1882 abwarten zu sollen. — Die beim Reichsgericht im Jahre 1881 eingegangenen Strafsachen belaufen sich auf 3332, im Jahre 1882 auf 3509, die Civilsachen betrugen im Jahre 1881 2923, im Jahre 1882 2124. Ich glaube nun, daß es wohl angemessen ist, der bei dem Strafsenate hervorgetretenen Ueberbürdung durch Ueberweisung von Kräften aus dem Civilsenate abzuhelfen. Auch soll vom 1. April dieses Jahres ab die Zahl der Mitglieder eines vermehrt werden. Meines Erachtens ist eine zweite neue Rathsstelle wenigstens vorläufig nicht nothwendig. Dann aber trete ich dafür ein, daß alle Geschäfte ohne Ueberbürdung der Einzelnen erledigt werden. Wenn man weitere Aenderungen vornehmen will, wird man jedenfalls gut thun, erst den Geschäftsbericht des laufenden Jahres abzuwarten.

Abg. Braun: Ich glaube nicht, daß dadurch zu helfen ist, daß einige Mitglieder des Civilsenats zu den Strafsenaten abkommandirt werden. Der einzige Weg ist die Constituirung eines vierten Strafsenats. Rückstände liegen nicht vor, aber die Kräfte werden aufgerieben und müssen schließlich versagen, wie die zahlreichen Krankheits- und Todesfälle von Mitgliedern der Strafsenate beweisen. Auf ein Mitglied der Strafsenate des Reichsgerichts kommen nicht mehr Fälle als beim früheren Obertribunal, aber die Arbeit ist eine bei Weitem schwierigere. Die Zahl der Civilfälle ist im Rückgang begriffen und wird noch niedriger werden wegen der abschreckenden Höhe der Gerichtskosten. Ich muß dem widersprechen, daß die Thätigkeit der Civilsenate als eine wissenschaftliche betrachtet wird. Es ist gefährlich, wenn man die Strafrechtspflege als Aschenbrödel ansieht. Es ist durchaus unrichtig, daß das Reichsgericht sich durch die Käufe der Polizei, die die Spionage gedungen hätte, hat beirren lassen. Es hat dem Jragen Horsch gar keinen Glauben geschenkt und die lediglich durch diesen Belastungszeugen freigesprochen. Die Institution, daß der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts den alleinigen Gerichtshof für Hochverrathsprocesse bilden, hat sich geschichtlich aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes entwickelt. Die Institution mag ihre Mängel haben, z. B. daß es kein Rechtsmittel, nicht einmal das der Cassation giebt, und daß die Fortbildung des Rechts gefährdet wird, da ein Gerichtshof allein in diesen Materien recht spricht. Es sollten sich diejenigen Herren, welche diese Institution tadeln, mit uns vereinigen, um sie zu bessern. Sie ist zu einem Specialgerichtshof für Johann Most und Genossen geworden; es wäre Zeit, daß dieser Most zu schäumen aufhörte. (Heiterkeit.) Denn seine Cyper sind zu bedauern. Er gieße die „Freiheit" heraus, das Product eines verbannten Schurken. Um das nöthige Geld zu schaffen, sagt er: Schickt Geld, ich werde Euch organisiren; es ist so weit, daß es schon morgen losgeht. Er organisirt sogenannte Gruppen. Das soll mit der tiefsten Heimlichkeit geschehen, in der nächsten Nummer der „Freiheit" aber steht zu lesen: da und da befinden sich Gruppen. Die Polizei bedient sich nun irgend eines verkommenen Subjects als Spion und die Geschichte geht los. Die Leute, die so ein Blättchen mit dem Feuer gespielt haben, werden zu Zuchthaus verurtheilt. So ging es auch in dem großen Hochverrathsproceß. Der Polizeirath Rumpf bedient sich des Horsch als Spion, ließ ihn dann mit verhalten und nach Berlin bringen, bis dieser sich nach zwei Monaten dem Untersuchungsrichter vorführen ließ und sagte: „Was ist das? Ich sitze hier, daß ich schwarz werde; ich bin ja der Spion." Man fragte in Frankfurt an und bekam die Antwort: „Lassen Sie ihn unter einem guten Grunde springen." Darauf läßt man ihn springen. Polizeirath Rumpf schrieb ein Mal: „Ich habe den Horsch verhaftet, weil er es zu seiner Sicherheit wünschte." Das andere Mal hieß es: „Er ist verhaftet worden, weil er der Theilnahme an einem gegen Rumpf geplanten Mordversuch verdächtig ist." Der andere Punct ist die Spionage im Gefängniß. Der Untersuchungsgefangene Schnitzer erbot sich, die Druckerei und das Archiv der Socialdemokraten, das bei der Geliebten Waterstraat's, der Legel, deponirt sein sollte, herbeizuschaffen. Der Untersuchungsrichter Hoffmann sagte ihm, daß ihm seine Dienste bei einer einzigen Verurtheilung wegen Betruges angerechnet werden würden (Hört, hört! links), und er wurde mehrmals ausgeführt. Nach mehreren resultatlosen Promenaden erklärte ihm der Criminalcommissar Graf Stolberg, daß er ihn für einen Schwindler und Betrüger halte und ließ ihn in die Arrestzelle zurückführen. Der Rechtsanwalt Hans Blum in Leipzig hatte diese Dinge in der „Magdeburger Zeitung" besprochen und sie der Polizei nachgesagt. Da sich herausstellte, sie hielen der Justiz zur Last, wurde er zu 500 ℳ Strafe verurtheilt, außerdem wegen einer Erwähnung von Macchiavelli, die als beleidigend für die Berliner Polizei angenommen wurde, während meines Wissens die Polizei mit Macchiavelli nichts zu schaffen hat, und endlich wegen Verhebung des Processes Merdig, für den die Polizei auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Für den Fall Tupetzen waren die vom Minister hinzugeschickten Hilfsrichter verantwortlich zu machen. Einen besseren und einsichtsvolleren Gerichtshof hat es in Deutschland niemals gegeben und es wird wohl auch keinen geben.

Abg. Dr. Marquardsen ist ebenfalls der Ansicht, daß die richterlichen Kräfte des Reichsgerichts nicht überbürdet werden dürfen, da sonst leicht die Raschheit der Abwickelung der richterlichen Geschäfte leiden könnte. Es sei also wünschenswerth, die Strafsenate